

Chart of the Week

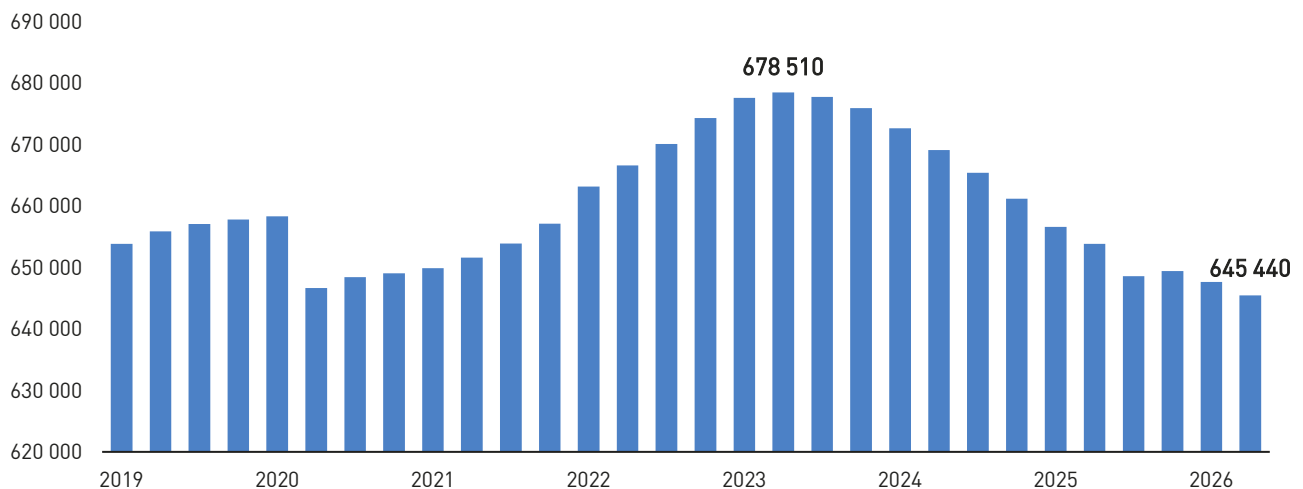
Beschäftigung in der Industrie stark rückläufig

Die österreichische Industrie befindet sich weiterhin in einer ausgeprägten Schwächephase. Zwischen 2022 und 2025 ging die Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren um insgesamt 5,1 % zurück, die österreichischen Warenexporte sanken im selben Zeitraum um 3,9 %. Die Auswirkungen der Industrierezession zeigen sich zunehmend auch am Arbeitsmarkt: Seit dem Beschäftigungshöchststand im Frühjahr 2023 ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Herstellung von Waren von 678.510 auf 645.440 Personen im zweiten Quartal 2026 gesunken. Damit gingen innerhalb von nur drei Jahren 33.070 Industriearbeitsplätze verloren.

Beschäftigung in der Herstellung von Waren zwischen Q2/2023 und Q2/2026 um 33.070 gesunken

Unselbständig Beschäftigte in der Herstellung von Waren

In Personen



Quelle: Eurostat.

Die zuletzt deutlich gestiegenen Einkaufsmanagerindizes nähren die Hoffnung auf eine Belebung der internationalen Industriekonjunktur in den kommenden Monaten. Bislang ist die Erholung jedoch noch zu schwach, um die Folgen der langen Schwächephase zu überwinden – und sie steht weiterhin auf einer schmalen Basis. Denn die strukturellen Herausforderungen für den Industriestandort bleiben erheblich. Zunehmender internationaler Wettbewerbsdruck, insbesondere aus Asien, und protektionistische Maßnahmen wichtiger Handelspartner belasten die Exportwirtschaft. Hinzu kommen hohe Arbeits-, Energie- und Bürokratiekosten, ein nachlassendes Produktivitätswachstum sowie strategische Abhängigkeiten bei Technologien, Rohstoffen und Vorprodukten.

FAZIT: Der rasante industrielle Beschäftigungsrückgang der letzten Jahre verdeutlicht die Dringlichkeit wirtschaftspolitischen Handelns. Angesichts globaler Wettbewerbsverzerrungen hat die Wiederherstellung eines Level Playing Field höchste Priorität. Ein gezielter Einsatz handelspolitischer Instrumente, ergänzt um plurilaterale Allianzen mit gleichgesinnten Partnern, kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. Daneben braucht es jedoch auch standort- und industriepolitische Antworten. Eine zwischen EU und Mitgliedstaaten abgestimmte, konsequent auf den Binnenmarkt ausgerichtete Industriepolitik sollte Skalierung, Innovation und industrielle Schlüsseltechnologien stärken. Auf nationaler Ebene muss sie durch wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen flankiert werden. Die österreichischen Sozialpartner sprechen sich hierzu insbesondere für eine rasche Umsetzung der Industriestrategie Österreich 2035, die Stärkung von Innovation und Schlüsseltechnologien, eine sichere, leistbare und wettbewerbsfähige Energieversorgung, schnellere Genehmigungsverfahren sowie einen stärkeren EU-Binnenmarkt aus.



Weitere
Publikationen
finden Sie auf
unserer Website!

Medieninhaber/Herausgeber:
 Wirtschaftskammer Österreich
 Abteilung für Wirtschafts- und Standortpolitik
 Wiedner Hauptstraße 63, 1045 Wien
 wp@wko.at, wko.at/wp, Tel: +43 5 90 900 | 4401

Abteilungsleitung:
 MMag. Claudia Huber

Chefredaktion:
 Thomas Eibl

Autor/Ansprechpartner:
 Mag. Karin Steigenberger, BA,
 karin.steigenberger@wko.at
 Tel: +43 5 90 900 | 3432
 6. Oktober 2026